Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 397. Freitag den 5. August 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
die An- und Abfahrt für die am 6. und 7. August c. stattfindenden Rennen betreffend.

1) An diesen Tagen ist Nachmittags von 1—6 Uhr der Scheibenweg vom Schleußiger Weg ab bis zum Johannespark-Wege für den öffentlichen Fahr- und Reitverkehr und vom Schleußiger Wege bis zum Kettensteg auch für den Fußverkehr **gesperrt.**
2) Die **Anfahrt** kann von allen Straßen erfolgen, nur bleibt für dieselbe der Weg durch das Scheibenholz gesperrt.
Diejenigen Wagen, deren Insassen an der Tribüne aussteigen wollen, haben links von der an der Tribüne errichteten Einfriedigung **hintereinander** und nicht nebeneinander anzufahren; diejenigen Wagen, welche mit Karten versehen sind und direct nach dem Wagenplatz fahren wollen, haben rechts an der Einfriedigung vorüberzufahren.
3) Bis zum Schluß der Rennen haben sämmtliche Wagen durch das Scheibenholz **abzufahren.**
4) Nach Schluß der Rennen haben die zur Rückfahrt bestimmten Wagen ausschließlich auf der Westseite der Einfriedigung anbez. vorüberzufahren.
Das Vorfahren vor der Front der Tribüne ist verboten.
5) Nachmittags von 1—6 Uhr darf auf dem Schleußiger Wege kein Wagen halten.
6) Für Fahrten nach der Rennbahn haben sich die Droschkenkutscher das **Fahrgeld im Voraus** bezahlen zu lassen.
Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ oder mit entsprechender Haft bestraft.
Leipzig, am 31. Juli 1892.
Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 2820. Bretschneider.

Bekanntmachung.

Auf Antrag des Herrn Eduard **Herrtwich** in Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstraße Nr. 68, Inhabers der Huß'schen Reinigungsapparate, haben wir den bisherigen Buffetier
Herrn **Hermann Emil Isaak**
zur Vornahme gültiger Einträge über vorschriftsmäßige Reinigungen von Bierrohrleitungen in bei von der Inhabern pneumatischer Bierdruckapparate gemäß §. 8 des Regulativs vom 24. Juni 1881, betreffend die Einführung und Beihaltung der pneumatischen Bierdruckapparate, zu führenden Revisionsbücher **in Pflicht** genommen.
Leipzig, den 2. August 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 3329. Dr. Tröndlin. Tietrich.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß der Leichendienst im VI. Leichenschaubezirke von heute ab der Leichenfrau
Frau Pauline **Schramm,**
zur Zeit noch Rauschädter Straße 15, H.-G. III., wohnhaft, übertragen worden ist und daß für den VII. Leichenschaubezirk
Frau Clara **Reiter,**
Naundörfchen 21, III., wohnhaft, sowie für den V. Leichenschaubezirk
Frau Louise **Borkmann,**
Wolfkestraße 28b, III., wohnhaft, als **Leichenfrauen von uns angestellt** und in Pflicht genommen worden sind.
Leipzig, den 1. August 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 3365. Dr. Tröndlin. Tietrich.

Bekanntmachung.

Die öffentlich ausgeschriebenen Maurerarbeiten zur Errichtung eines Nebengebäudes für das Krankenhaus zu Leipzig-Plagwitz sind vergeben.
Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher aus ihren Angeboten entlassen.
Leipzig, am 1. August 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3307. Dr. Tröndlin. Scherlich.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Einlegung von Wasserleitungsröhren wird **der Schleußiger Weg**
im Stadttheile Leipzig-Kleinzschocher von der Ecke der Antonienstraße aus **vom 5. dieses Monats ab für jeden unbefugten Fahrverkehr** während der Dauer der Arbeiten **gesperrt.**
Leipzig, am 4. August 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 18952. Dr. Tröndlin. Stahl.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben worden in der Zeit vom 16. bis 31. Juli 1892 folgende, zum Theil auch schon früher gefundene oder von wirklichen Diebstählen herrührende Gegenstände:
ein Geldbetrag von **100 ℳ** und **20 ℳ**, Portemonnaies mit Beträgen von **6 ℳ 67 ₰** und **5 ℳ 22 ₰**, sowie mit geringeren Beträgen, **2 Trauringe** mit verschiedener Gravirung, eine **silberne Cylinderuhr** mit Kette (im Januar 1892 gefunden), einige Armbänder, ein Ring, eine Crossettenadel, ein Corallenohrring, eine Jetkette, ein Kugel-Medaillon, eine Lorgnette, ein Klemmer, eine Brille, zwei Leihhausscheine, ein Buch für englische Sprachlehre, eine weiße Häkelarbeit, eine grauleinene Schürzenstickerei, ein Paar Handschuhe, drei Schürzen und zwei Kopftücher, eine schwarze Weste, ein blaues Knabenmützchen, ein Filzhut und ein Spazierstock, ein Strohhut und ein Spazierstock, mehrere Schirme, ein Spazierstock mit Hirschhorngriff, ein Kinderschuh, eine grauleinene Schürze mit Bleirohr, eine große Schere mit Messinggriff, ein Packet weiße Fußtheile, eine Stufenleiter, sowie eine Wanne mit Quark.
Zur Ermittelung der Eigenthümer wird dies hierdurch bekannt gemacht.
Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche in den Monaten April bis mit Juli vor. Js. Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, anderenfalls hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.
Leipzig, den 3. August 1892.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mi.

Erledigt hat sich der gegen den Bauunternehmer Carl Eduard Dietrich aus Neustädtel am 3. April 1892 erlassene Steckbrief.
Leipzig, den 3. August 1892.
Königliche Staatsanwaltschaft.
Nagel.

Bismarck und das Centrum.

Bismarck hat in Jena gesagt, daß er das Centrum für gefährlich hält nicht nur in confessionellen, sondern auch in nationalen Fragen, wie das bei den Vorgängen in den polnischen Provinzen zu Tage getreten sei. Und ferner sagte er, daß er es für ein Unglück und für eine Gefahr halte, wenn die Regierung ihre leitenden Rathgeber der Centrumsrichtung entnehme und ihre Tendenz darauf zuspitze, dem Centrum zu gefallen, eine Tendenz, die keinen dauernden Bestand haben könne. Er wolle in Frieden leben mit seinen katholischen Mitbürgern, aber sich nicht ihrer Leitung unterziehen. Man wird sich einer Zeit erinnern, in der das Centrum eine so große Macht hatte, daß Bismarck im Reichstage von der Möglichkeit sprach, er könne eines Tages in die Lage kommen, dem Kaiser die Ernennung Windthorst's zum Reichskanzler anzurathen. Diese Aeußerung mag nicht ernsthaft gemeint gewesen sein, sie sollte wohl nur die Lage in drastischer Weise zum öffentlichen Bewußtsein bringen. Windthorst faßte die Sache auch in diesem Sinne auf und behandelte sie humoristisch. Bismarck kennzeichnet den Unterschied zwischen sonst und jetzt, indem er das Streben, mit seinen katholischen Mitbürgern in Frieden zu leben, scharf sondert von der Uebertragung der Leitung an eine katholische Partei; er sei eingeschworen auf die weltliche Leitung eines evangelischen Kaiserthums und diesem hänge er treu an.

Die dominirende Stellung des Centrums im Reichstage ist leider eine offenkundige Thatsache, und es ist unzweifelhaft, daß die Regierung bemüht ist, dem Centrum zu gefallen. Das hat sich beim Tode der Herren v. Frankenstein und Windthorst gezeigt. Das gleiche Streben ist bei der Ernennung des Herrn v. Stablewski zum Erzbischof von Gnesen-Posen und bei der Vorlage des preußischen Volksschulgesetzes hervorgetreten. Und darum sagt Bismarck: Wir müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen, das ist ein Ergebniß der politischen Entwickelung des letzten halben Jahres, mit anderen Worten des Widerstandes, welchen der Volksschulgesetzentwurf in allen national gesinnten Kreisen gefunden hat, mit Ausnahme der evangelischen Orthodoxie. Auch diese bekämpft Bismarck als theokratisch-absolutistisch.

Der Angelpunct der gegenwärtigen inneren Lage im Reiche und in Preußen ist der Gegensatz zwischen dem Centrum und den national gesinnten Kreisen der Bevölkerung. Bismarck wünscht, daß ein neues Cartel geschaffen werde, in welchem die Interessen des Vaterlandes über Alles gestellt und jede Frage zunächst unter diesem Gesichtspuncte geprüft werden müßte. Bismarck hält ein solches Cartel für erreichbar; wir bezweifeln die Möglichkeit, aber sicher verdient ein von dieser Seite ertheilter Rath in einer so wichtigen Sache ernste Beachtung und sorgfältige Erwägung, und es ist schon von großem Werthe, daß die Forderung nach einer nationalen Partei, welche den Einfluß des Centrums zu besiegen fähig ist, von solcher Stelle aus erhoben wird.

Die Schwierigkeit liegt theils in Charakter-Eigenschaften des deutschen Volkes, theils in der bisherigen Entwickelung unseres parlamentarischen Lebens. Vom Centrum aus führen Verbindungswege nach der conservativen und nach der deutschfreisinnigen Partei, weil das Centrum mit der evangelischen Orthodoxie über die Errichtung einer theokratischen Partei einig ist und weil andererseits ein demokratischer Zug durch das Centrum geht, der angeblich Jedem das Seine geben will, aber immer nur unter der Voraussetzung der Freiheit der Kirche, wie die Mitglieder der Partei sagen, während sie die Herrschaft der Kirche über den Staat meinen. Um diese Bestrebungen zu beseitigen, bedarf es nationaler Begeisterung, einer großen tiefgehenden Bewegung, wie wir sie vor einigen Monaten bei Berathung des preußischen Volksschulgesetzes erlebt haben. Aber diese nationale Kundgebung war nicht stark genug, um das Band zu zerreißen, welches die Ultra-Conservativen mit dem Centrum verbindet, oder ein neues Band zu knüpfen zwischen den gemäßigten und extremen Mitgliedern der liberalen Partei. Die Ueberzeugung des Einzelnen ist bei uns zu stark entwickelt, als daß sie politischen Erwägungen weichen könnte; der Zusammenhang innerhalb der einzelnen parlamentarischen Gruppen ist durch Gewohnheit und durch den Geist des Widerspruchs zu fest, als daß er im Interesse der Gesammtheit, des Gemeinwohles aufgegeben werden könnte. Es besteht zwischen den einzelnen Parteigruppen ein Haß und eine Absonderung, die nicht auf das politische Gebiet beschränkt bleibt, sondern sich auf die Personen erstreckt, nur ganz ausnahmsweise kommt der patriotische Gesichtspunct so mächtig zur Geltung, daß darüber die Fractions-Interessen zeitweise in den Hintergrund gedrängt werden. Man kann diesen Zustand beklagen, aber er ist vorhanden und man muß mit ihm rechnen. Und wenn einmal ein frischer lebendiger Zug durch das Parlament geht, der die Fractionsschranken niederwirft, dann fehlt es gewiß nicht an dem zersetzenden Spott, der an die Stelle der aufkeimenden Begeisterung alsbald wieder die nüchterne Beurtheilung der Sachlage nach hergebrachter Art setzt. Wir erinnern in dieser Beziehung an das Wort von der Mäuliscene im Reichstage.

Damals bestand kein vertragsmäßiges Cartel zwischen den nationalen Parteien, aber die Geister hatten sich unwillkürlich zusammengefunden, von den Freisinnigen bis zu den Freiconservativen gab es im preußischen Abgeordnetenhause nur eine große Mittelpartei, welche einig war in der Verwerfung des Volksschulgesetzentwurfs. Das war auch ein Cartel, aber ein unwillkürliches, und so müßte es sich wieder gestalten der Herrschsucht und politischen Unnatur des Centrums gegenüber, wenn die nationalen Empfindungen so stark wären, wie sie es sein müßten, um über die gegenwärtige unerträgliche Lage hinwegzukommen.

Die Centrumspartei ist ein gefährliches und fremdes Element in unserer Entwickelung, es nöthigt uns auf Seitenwege, wo wir die Hauptstraße benutzen könnten, um unsere Ziele zu erreichen, und das kommt daher, weil es unserer Volksvertretung an dem nationalen Bewußtsein fehlt, das bei unseren westlichen Nachbarn so scharf ausgeprägt ist. Auch in Frankreich nehmen die Interessen des Papstthums einen großen Raum ein, und ihre Vertreter reichen bis in die Regierungskreise hinauf, aber sie gewinnen niemals eine solche Bedeutung, daß die Gefahr der Unterdrückung der Staatsinteressen durch die Interessen der Kirche in Frage käme. Im Gegentheil sieht sich der Papst veranlaßt, die republikanische Staatsform rückhaltlos anzuerkennen, um es mit der republikanischen Regierung und den Republikanern in der Volksvertretung nicht zu verderben. Bei uns liegt die Sache umgekehrt, unsere Regierung hält es für nöthig, die Wünsche des Papstthums zu erfüllen, um der Zustimmung der Centrumspartei für Militair- und sonstige Ausgaben sicher zu sein.

Stimmungen lassen sich nicht gebieten. So lange bei uns der nationale Gedanke nicht stark genug ist, um das Centrum in seine Bestandtheile aufzulösen, sind wir auf fromme Wünsche beschränkt, deren Erfüllung der Zukunft anheimgestellt bleibt. Ein Zeichen dafür, daß die Ungesundheit des bestehenden Zustandes auch vom Centrum selbst gefühlt wird, fehlt es nicht, die nationalen Gefühle kommen auch dort hin und wieder zum Durchbruch, wie noch neulich beim Freiherrn v. Schorlemer-Alst, als er den Dreibund für vereinbar mit den Interessen des Papstthums erklärte. Wirkungsvoll würde es gewiß sein, wenn die Regierung bei den Wahlen offen ausspräche, daß wir im Parlament kirchliche Interessen nicht kennen, und daß deshalb Candidaten, die auf ein kirchliches Programm gewählt werden wollen, keine Beachtung verdienen. Eine Belehrung in dieser Allgemeinheit kann wohl kaum als unberechtigte Wahlbeeinflussung aufgefaßt werden. Hat doch die Regierung die Wähler niemals darüber in Zweifel gelassen, daß die Wahl von Mitgliedern der socialdemokratischen Partei nicht mit den Forderungen des Patriotismus vereinbar sei. Das Centrum ist keine deutsche, sondern eine internationale Partei, weil es seine Verhaltungsmaßregeln vom Auslande empfängt. Die Belehrung der Wähler in dieser Beziehung müßte der Aufrichtung einer nationalen Volksvertretung im deutschen Reiche vorangehen, wenn sie Aussicht auf Verwirklichung haben sollte. So lange können wir nicht warten, bis das Centrum an Entkräftung stirbt, es muß dafür gesorgt werden, daß seine Unnatur und Gefahr für das deutsche Reich überall erkannt und bekämpft wird. *

Deutsches Reich.

ɯ. **Berlin**, 4. August. Um einige Lustigkeit in den Ernst der Zeit zu tragen, bringt die „Freisinnige Zeitung" ein Quantum Tinkerschwärze in folgenden Bildungen auf ihr geduldiges Papier: „Wir dürfen sagen, daß in diesem Augenblick bei dem Centrum die freisinnige Partei besser gehaßt ist, als die nationalliberale." Geschrieben wurde dieser ungeheuerliche Satz in Erwiderung eines Artikels der „Nationalzeitung", welche nach langer Zeit wieder einmal ein freimüthiges Wort gegen die Bismarckhetze und Centrumsliebe des Deutschfreisinns gefunden hatte. Der Umstand, daß die Haltung der deutschfreisinnigen Parteileitung von großem Einfluß auf die Zukunft des Liberalismus sein muß, rechtfertigt und gebietet, auf die ungeheuerliche Richter'sche Behauptung einzugehen, die sonst keinen anderen Anspruch, als den auf ein kräftiges Hohngelächter hätte. Die Wahrheit ist, daß das Centrum die deutschfreisinnige Partei nicht nur nicht haßt, sondern daß es sie begünstigt und zwar als Sturmbock gegen die wirklich und vom Ultramontanismus allerbestens gehaßten Nationalliberalen. Und die weitere Wahrheit ist, daß das Centrum gute Gründe für dieses sein Verhältniß zu der von Herrn Richter geleiteten Partei hat. Der Deutschfreisinn, wie er geworden ist, erstrebt nur Eines: Mandate — und diese sind für ihn in der Zukunft wie in der Vergangenheit vom Centrum zu haben. Er hat die badischen Reichstagssitze um ein Linsengericht dem Ultramontanismus ausgeliefert und er wird bei nächster Gelegenheit Aehnliches thun — wenn die Wähler im Lande nicht einen Strich durch die Fractionsrechnung machen. Diese Gefahr besteht und ist von Herrn Richter erkannt. Nur aus diesem Grunde wird das Centrum von Zeit zu Zeit von ihm angerempelt. So z. B. bei der Beerdigung Forckenbeck's, wo die „Freis. Ztg." große Worte machte und politische Folgen des Verhaltens der Centrumswähler in bestimmte Aussicht stellte. Seitdem war wiederholt Gelegenheit gegeben, die Drohung wahrzumachen, man hat sie aber regelmäßig still vorübergehen lassen und im Gegentheile den Ultramontanismus geschont, wo es nur anging. Am deutlichsten trat und tritt dies in dem Verhalten der maßgebenden deutschfreisinnigen Politik gegenüber dem Antisemitismus im Centrum zu Tage. In diesem Puncte kennt bekanntlich der opferwilligste Theil der deutschfreisinnigen Partei keinen Spaß und eben deshalb die Dienstwilligkeit der Parteipresse, namentlich der „Freis. Zeitung", keine Grenzen. Nur insoweit der Antisemitismus von Centrumsleuten und Centrumsblättern gepredigt wird, drückt man sich thunlichst an ihm vorbei, aber versteigt sich sogar, wie es vor einigen Tagen ein Berliner deutschfreisinniges Blatt in einem langen Artikel gethan, zu dem Nachweis, daß der Antisemitismus im Centrum — ungefährlich sei! Wer da weiß, und die Deutschfreisinnigen wissen es, daß die antisemitische Bewegung unserer Tage in den siebziger Jahren vom Ultramontanismus ausgegangen, und wem bekannt ist, wie empfindlich der Deutschfreisinn gerade in diesem Puncte ist, der ermißt den Grad der Abhängigkeit, in die sich der Fortschritt bei der reactionärsten Partei aller Länder und Zeiten begeben hat. Und diese ergebenen und — wenn man das 1890er Wahlprogramm betrachtet — verhältnißmäßig anspruchslosen Heloten sollten die klugen Centrumsführer hassen?! Herr Richter weiß sehr gut, daß das nicht der Fall ist. Bei den Schulgesetzdebatten, wo sich der ultramontane Haß in gewaltigen Fluthwellen über die Nationalliberalen ergoß, wurde von Dr. Lieber und Anderen der Deutschfreisinn gestreichelt, obwohl er in Bezug auf den Confessionalismus in der Schule radicaler ist, als der gemäßigte Liberalismus. Und so bei anderen Gelegenheiten. Erst kürzlich hielt Freiherr v. Huene eine donnernde Philippika gegen den atheistischen Nationalliberalismus, von den jedenfalls nicht frömmeren Deutschfreisinnigen schwieg er. Das Centrum kennt und schätzt aber die Deutschfreisinnigen als seine Hilfstruppe, deren sonst so steifnackig sich geberdender Führer den Vorzug unbedingten Gehorsams hat, wenn der Ultramontanismus ihm mit der Entziehung der in Parlamentssitzen bestehenden Subsidien droht. Das zeigt sich eben jetzt wieder. Im Wahlkreise Herford nimmt Herr Richter keinen Anstand, den Kreuzzeitungs-Leuten das Mandat in die Hände zu spielen, weil er weiß, daß im Wahlkreise Löwenberg die Klerikalen den Deutschfreisinnigen nicht unterstützen würden, wenn der nationalliberale Candidat in Herford die deutschfreisinnigen Stimmen erhielte. In die Gefühle der Centrumspolitik mag sich eine gute Dosis Verachtung gegen solche Liberale mischen, Haß aber gewiß nicht.

‖ **Berlin**, 4. August. Der unlängst in Düsseldorf gebildete Haftpflichtschutz-Verband deutscher Industrieller bezweckt, durch sachwissenschaftliche Untersuchungen und durch Verwerthung der Erfahrungen des praktisch gewerblichen Lebens dahin zu wirken, daß die nach dem Unfallversicherungsgesetz verbliebene und durch die socialpolitische Gesetzgebung überhaupt begründete, bezw. neugeschaffene Haftpflicht derart beschränkt werde, daß dieselbe nicht über die Grenzen der Billigkeit hinausgeht, bezw. in den Kreis der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung einbezogen wird. Demgemäß wird der Verband seine Ziele zu erreichen suchen a. durch die Sammlung des einschlägigen Materials, betreffend die Unfallversicherung; b. durch Vorstellungen bei den gesetzgebenden Körperschaften und Behörden. Der Verband will den Verbandsmitgliedern durch sachverständigen Rath und Auskunft möglichst wirksame Rathschläge in den aus der Civil- und Strafgesetzgebung herrührenden Haftpflichtstreitfällen gewähren oder vermitteln. Der Verband wird in zwanglosen Heften Mittheilungen über die einschlägigen Fragen der gewerblichen Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung liefern. — Der Verband bezweckt endlich die Einführung einer die Interessen der Industriellen thunlichst vollkommen, d. h. alle möglichen Fälle der Haftpflicht deckenden Versicherung, insbesondere durch Aufstellung von Normativbedingungen. Mitglieder des Verbandes können werden die Angehörigen deutscher Berufsgenossenschaften, gegen Zahlung eines jährlichen Beitrages, welcher in folgender Höhe bemessen wird: a. für Betriebe bis zu 100 Arbeitern 10 ℳ, b. für Betriebe von 100 bis 300 Arbeiter 20 ℳ, c) für Betriebe von 300 bis 1000 Arbeiter 30 ℳ. Den Betrieben, die über 1000 Arbeiter beschäftigen, bleibt die Bestimmung eines über 30 ℳ hinausgehenden, freiwilligen Beitrages überlassen. Die Bemessung der Beiträge von Vereinen, über deren Aufnahme der Vorstand zu entscheiden hat, bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten. — Der Sitz des Verbandes ist Köln, der Geschäftsführer Herr A. Schwanck dort.

* **Berlin**, 4. August. Die „Nordd. Allg. Ztg." wendet sich in einem sehr wenig eindrucksvollen Artikel gegen die Angriffe, welche jüngst wider den Reichskanzler Grafen von Caprivi gerichtet wurden. Das officiöse Blatt schreibt:

„Unter den Mitteln, welche man anwendet, um den gegenwärtigen Reichskanzler anzugreifen, nimmt die Behauptung, daß er mit dem Centrum oder mit evangelischen Kreisen streng kirchlicher Richtung in allzu nahen Beziehungen stehe, eine hervorragende Stelle ein. Darüber, was er von dem Werth der Religion für den Menschen denkt, und darüber, daß er es für eine Aufgabe der Regierung hält, auch ihren katholischen Bürgern das Dasein in Staat und Reich lieb zu machen, hat sich Graf von Caprivi öffentlich ausgesprochen. Hat man sich nicht gescheut, daraus die Folgerung zu ziehen, daß Graf v. Caprivi ein „Finsterling" sei, so war das eine ungerechte Behauptung, die ungefähr ebenso viel Werth hat als diejenige, er habe bedenkliche Beziehungen aus seiner militairischen Vergangenheit zu katholischen Officieren oder aus den „Roon'schen Conventikeln" zum „Muckerthum" mitgebracht. Wenn unter Roon'schen Conventikeln eine in den fünfziger Jahren entstandene Vereinigung evangelischer Jünglinge gemeint sein soll, so hat Graf v. Caprivi in diese oder eine ähnliche Vereinigung niemals einen Fuß gesetzt, und was seine militairischen Reminiscenzen angeht, so bewahrt er allerdings noch heute manchen katholischen Officier und Soldaten ein ebenso gutes und treues Andenken wie seinen evangelischen Kameraden. Es scheint sich in Bezug auf die Angriffe gegen den Reichskanzler Grafen v. Caprivi eine gewisse Methode herauszubilden. Zunächst macht man ihm einen völlig unbegründeten Vorwurf. Die mittelparteiliche Presse beeilt sich nicht gerade, ihn dagegen in Schutz zu nehmen. Tritt aber dann ein Blatt, das zur Rechten oder gar zum Centrum gehört, für den Angegriffenen ein, so heißt es: da seht Ihr, daß der Mann nichts taugt, fort mit Caprivi! Eine hervorragende Leistung in dieser Beziehung brachte, wie schon an anderer Stelle erwähnt, vor einiger Zeit das von derjenigen Partei, die es zu vertreten vorgibt, bereits öfter verleugnete „Deutsche Wochenblatt". Wir würden davon keine Notiz genommen haben, wenn nicht selbst ein so angesehenes Blatt, wie der „Hamburgische Correspondent", sich dadurch beunruhigt gezeigt hätte. Die von jenem Wochenblatte vertretene Erzählung ging dahin, es habe, als nach Zurückziehung des Volksschulgesetzes das Centrum einige Kriegsschiffe nicht bewilligte, der Papst Herrn v. Schlözer kommen lassen, um ihm sein Bedauern über diese Abstimmung des Centrums auszudrücken und ihm zu sagen, er legte den größten Werth darauf, daß Graf Caprivi im Amte bleibe. Das „Deutsche Wochenblatt" folgert hieraus, daß Graf Caprivi mehr noch der Vertrauensmann Roms als des Centrums sei, und deutet an, daß er das Demüthigende, was hierin läge, nicht zu empfinden scheine. Wir sind berechtigt zu constatiren, daß an dieser ganzen Geschichte kein wahres Wort ist und hoffen damit dem „Deutschen Wochenblatt" das Gefühl patriotischer Demüthigung, das ihm seine allzu lebhafte Phantasie zugezogen hatte, abgenommen zu haben."

Die „National-Zeitung", die diesen Artikel wiedergiebt, bestätigt übrigens, daß Graf Caprivi an den „Roon'schen Conventikeln", d. i. einer Vereinigung kirchlich gesinnter evangelischer Männer, niemals theilgenommen habe. Sie kann weiter aus eigener Kenntniß hinzufügen, daß ein Bruder des Reichskanzlers Mitglied der Vereinigung war. — An leitender Stelle bespricht die „Nat.-Ztg." den Bochumer Stempelfälschungsproceß, aus dem die angeklagten Ingenieure als Ehrenmänner hervorgegangen seien. Sie führt aus, daß der Proceß und seine Begleiterscheinungen eines der charakteristischsten und beklagenswerthesten Zeichen der Zeit sei und nennt den Proceß ein von ultramontaner Seite angezettelteles politisches Bubenstück Fusangel's.

— Ueber christlichen Royalismus handelt ein Artikel des „Reichsboten", welcher sich zu einer „offenen Aussprache" mit dem Träger der Krone zuspitzt. Die monarchischen Grundsätze seien im Volke zur Zeit schwer unterwühlt, wie das angesichts des Uebertritts des Fürsten Bismarck in das Lager der liberalen Feinde des Königthums von Gottes Gnaden ganz natürlich sei; der Fürst könnte diesem furchtbaren Sprung eines machtegoistischen Opportunismus nicht wagen, wenn ihm nicht zur Zeit eine Stimmung im Volke gegen das Königthum zu gute käme.

„Diese Stimmung gegen die Krone ist, wie wir wohl wissen, vielfach künstlich genährt durch geistlichen, politischen und per-